Schriesheimer Bote

Bürgerzeitung des Schriesheimer Demokratie- und Kulturvereins e. V.
Nummer 4, Frühling 2023

Sehr geehrte Bürger Schriesheims,

die Zeiten werden härter: Der Krieg in der Ukraine, Inflation, Energieverknappung, Massenzuwanderung. All diese Faktoren führen zu Wohlstandsverlust und sozialen Spannungen. Sie gefährden letztendlich unser demokratisches Gemeinwesen.
Umso wichtiger ist es für den Einzelnen, die demokratischen und kulturellen Grundwerte hochzuhalten. Denn nur so wird es gelingen, dem Demokratieabbau, der von der Bundesregierung betrieben wird, entgegenzuwirken, um aus Deutschland wieder eine vollständige Demokratie zu machen. (Hier seien exemplarisch die massiven Grundrechtseinschränkungen während der Coronazeit und die fortschreitende Einschränkung der Meinungsfreiheit genannt.)
Wie wichtig das auch in Schriesheim ist, zeigt ein Vorfall beim Volkstrauertag: Unter der Verantwortung von Bürgermeister Oeldorf und mit offensichtlich stillschweigender Zustimmung der an diesem Tag versammelten Kirchen-, Gemeinderats- und Vereinsmitglieder, wurde unser Trauerkranz von der Gedenkstätte entfernt und in den Schmutz geworfen.
Das gleiche unwürdige Schauspiel hatte sich schon vor einem Jahr unter der Verantwortung des damaligen Bürgermeisters Höfer zugetragen. Dieser hatte auch unseren letztjährigen Artikel zum Volkstrauertag zensiert. Eine von uns erbetene Stellungnahme der Beteiligten blieb bis Redaktionsschluss aus.

Ein solch unwürdiges Verhalten und ein derartiger Ungeist, gezeigt von den höchsten Repräsentanten der Stadt Schriesheim, spiegelt den Niedergang der Demokratie in Schriesheim wider.

Den letztendlich stellt das Entfernen eines Trauerkranzens nur den Versuch dar, einen Teil der Bürgerschaft Schriesheims vom öffentlichen Leben auszuschließen.

Inhalt

Nationale Souveränität
Beitrag zur Energiedebatte 2

Gedenkkultur
Volkstrauertag 3

Kommunales
Der grüne Bürgermeister 4

Meinungsfreiheit
Erneute Zensur im Mitteilungsblatt 5

Wissenschaft
Chemische Kastration bei Kindern 6

Bevölkerungsentwicklung
Bevölkerungsaustausch 9

Vorsorge
Notfallpläne für Schriesheim 11

Öffentliche Sicherheit
Wie oft muss es noch passieren? 12

Nationale Souveränität

Beitrag zur Energiedebatte

In der letzten Ausgabe des Schriesheimer Boten hatten wir untersucht, inwieweit der Schriesheimer Wald zur Energieversorgung beitragen kann. Dabei haben wir festgestellt, dass der nachwachsende Holzertrag etwa ein Viertel des Heizenergiebedarfes in Schriesheim decken kann.

Dabei ist zu beachten, dass der Anteil des privaten Heizbedarfs nur ca. 20 Prozent des gesamten Endenergiebedarfs in Deutschland ausmacht. Ein Viertel von 20 % sind 5 %. Es bleiben also 95 % des Endenergieverbrauches, die durch andere regenerative Energien auf der Gemeindefläche gedeckt werden müssten, um Schriesheim energetisch autark zu machen. Die Wasserkraft aus dem Kanzelbach kann weitestgehend vernachlässigt werden, bleiben also noch Sonnen- und Windenergie.

In dieser Ausgabe soll nun die betrachtet werden, inwieweit Photovoltaikanlagen den Energiebedarf in Schriesheim decken könnten.
Anders als bei Festbrennstoffen ist Solarstrom in großen Mengen nicht speicherbar.

In diesem Rechenbeispiel gehen wir dennoch davon aus, dass durch Batteriespeicher die Tagesunterschiede innerhalb eines Monats ausgeglichen und gespeichert werden können.

Bei den Berechnungen aufgrund der Speicherproblematik muss man natürlich vom ungünstigsten Fall ausgehen, und das wäre der Dezember mit einer geringen Sonneneinstrahlung bei gleichzeitigem hohen Energieverbrauch.
Im Dezember beträgt die Solarstrahlung bei trübem Wetter ca. 10 kWh/Monat, bei 15 % Ausbeute beträgt der entsprechen Ertrag an Solarenergie 1,5 kWh/Monat und Quadratmeter.
Da Deutschland - nach dem Willen der vorherrschenden Politik - gänzlich auf fossile Energieträger verzichten soll, müssen die schon erwähnten 95 % vollständig elektrisch erzeugt werden. Im Winter wird mehr geheizt, deshalb liegt dieser restliche Energieverbrauch für Schriesheim im Dezember bei ca. 43.000.000 kWh.

Demzufolge wären 90 % der Gemeindefläche von 31,6 km³ notwendig, um den Endenergiebedarf in Schriesheim mit Photovoltaikanlagen und eigenem Holzeinschlag zu decken.

Wie Sie selbst erkennen können, ist das nicht möglich, da Wald und PV-Anlagen auf dem gleichen Boden nicht existieren können, ganz zu schweigen davon, dass dann für menschliche Siedlungen und Nahrungsmittelanbau kein Platz mehr bleibt.

Vielleicht bringt aber die Windenergie die Rettung für ein energetisch autarkes Schriesheim.
Diese Option werden wir in der nächsten Ausgabe untersuchen.

Überschlagsmäßige Berechnung zur Energieversorgung Schriesheims

Zeile		Menge	Einheit	Quelle
1	Energiebedarf Deutschland Dezember	250	TWh	Schätzung
2	Bevölkerung Deutschland	83.200.000		D-Statis
3	Bevölkerung Schriesheim	15.000		Stadt Schriesheim
4	Endenergiebedarf Schriesheim Dezember	0,045072	TWh	eigene Berechnung
5	Energiebedarf Schriesheim Dezember ohne Energie aus Holzertrag	42.818.510	kWh	eigene Berechnung
6	Solarstrahlung Dezember Normalfall	20	kWh/m³	DWD
7	Solarstrahlung Dezember ungünstiger Fall	10	kWh/m²	DWD
8	Flächenverbrauch PV-Freilandanlagen	15,0	m²/kWp	Umweltministerium BW
9	Jahresertrag PV-Freilandanlage	1.200	kWh/kWp	Umweltministerium BW
10	Ertrag PV-Anlage Dezember ungünstiger Fall	23	kWh/kWp	https://www.solarserver.de/pv-anlage-online-berechnen/
11	Ertrag PV- Anlage pro Fläche	1,5	kWh/m²	eigene Berechnung
12	Flächenverbrauch Energiebedarf Schriesheim nach Zeile 5	28,5	km²	eigene Berechnung
13	Gemeindefläche Schriesheim	31,6	km²	Wikipedia
14	Anteil Fläche an Gemeindefläche	90	%	eigene Berechnung

Gedenkkultur

Volkstrauertag

Kriegerdenkmal Schriesheim

Es gibt Tage, da muss die politische und weltanschauliche Auseinandersetzung schweigen. So ein Tag ist der Volkstrauertag, der allein dem Gedenken an die Opfer vorbehalten sein sollte.

Ursprünglich wurde dieser Gedenktag 1919 für die gefallenen deutschen Soldaten des Ersten Weltkriegs vorgeschlagen.
Heute gedenkt man allen Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft.

Leider werden bei vielen Gedenkveranstaltungen gerade auch die deutschen Opfer oft kaum erwähnt, wie zum Beispiel:

- Opfer der Bombardierung deutscher Städte
- Vertreibung und Ermordung Deutscher aus den Ostgebieten
- Opfer der Rheinwiesenlager
- Opfer der Zwangsarbeit
- Opfer des Volksaufstandes von 1953
- Opfer der SED-Diktatur

Zum Volkstrauertag 2022 fanden zwei Gedenkveranstaltungen am Kriegerdenkmal in Schriesheim statt.
Wie schon im letzten Jahr 2021, hat der Schriesheimer Demokratie- und Kulturverein einen Kranz im stillen Gedenken niedergelegt. Es wurde auch eine kurze Rede gehalten, in welcher der Opfer gedacht und aufgezeigt wurde, wie solche Opfer in Zukunft vermieden werden können. Gerade der Krieg in der Ukraine zeigt ja, dass Konfliktlösungsstrategien noch immer nicht angewandt werden.
(Die vollständige Rede finden Sie auf unserer Heimseite dkv-schriesheim.de)
Anschließend fand die Gedenkveranstaltung der Stadt Schriesheim statt, bei der ebenfalls Trauerkränze niedergelegt wurden.

Von unserer Seite aus war es durchaus gewünscht, uns aktiv in die Gedenkveranstaltung der Stadt einzubringen, dies war aber von Herrn Bürgermeister Oeldorf ausdrücklich nicht gewollt.

Sie sind sicher mit uns der Meinung, dass sich an einem solchen Trauertag Aggressionen an der Trauerstätte verbieten, um das Andenken nicht zu entweihen!

Leider ist dies in Schriesheim nicht der Fall.
Wie schon im letzten Jahr wurde unser Trauerkranz abgeräumt und in den Dreck geworfen.
Letztes Jahr hat dies der damalige Bürgermeister Höfer höchstpersönlich getan, wer es diesmal war, ist uns nicht bekannt.

Wir finden ein derartiges Verhalten beschämend und unwürdig für die Stadt Schriesheim, zumal diese Handlung zumindest in einem Fall vom höchsten Repräsentanten der Stadt begangen wurde. Auch die anderen Beteiligten, wie Kirchen, Stadträte und Vereine befürworten oder dulden zumindest derartige Kulturbrüche.

Wir haben den Beteiligten die Möglichkeit gegeben sich zu erklären, aber keine Antwort erhalten.
Inzwischen wurde der Kranz gestohlen, eine entsprechende Strafanzeige wurde gestellt.

Obwohl wir ja schon einiges gewöhnt sind (wir erinnern nochmal an die Zensur im Mitteilungsblatt im letzten Jahr) hat uns doch diese Tat überrascht und zeigt auf, wie weit die Verrohung bei einigen schon fortgeschritten ist.

Dieser Ungeist, Bevölkerungsgruppen legitime Rechte entziehen zu wollen, führt letztendlich genau zu den Opfern, derer am Volkstrauertag gedacht wird.

Kommunales

Der grüne Bürgermeister

Es grünt so grün in Schriesheim. Aber nicht das neue Pflanzenwachstum nach ergiebigen Regenfällen ist gemeint, sondern die Kommunalpolitik in Schriesheim.

Während des Bürgermeisterwahlkampfes im letzten Jahr, hat sich der damalige Kandidat Herr Oeldorf als neutraler bis konservativer Verwaltungsfachmann präsentiert.
Genau aufgrund dieses Eindrucks, dürfte er bei den Schriesheimern eine doch deutliche Mehrheit gefunden haben.

Die Kommunalpolitik aus dem Rathaus unter Herrn Oeldorf lässt allerdings den Schluss zu, dass der neue Bürgermeister in wenigen Monaten eine gewaltige Metamorphose durchgemacht hat:
Vom neutralen bis konservativen Verwaltungsfachmann zum lupenreinen Grünen.

Grüne Agenda
Begonnen hat es vor einigen Monaten mit dem Versuch, die Hans-Pfitzner-Straße umzubenennen. Das Thema war sicher nicht dringlich, da sich seit Jahrzehnten wohl niemand daran gestört hat, entspricht aber exakt der Agenda der Grünen, die aus ideologischen Gründen möglichst viele Straßen umbenennen möchten.

Ebenfalls ganz oben auf der Agenda der Grünen steht die „Zuwanderungsgesellschaft“. Dazu passend wurde im Oktober 2022 von der Stadt Schriesheim die „bunte Woche“ abgehalten, um den Gedanken einer permanenten Zuwanderungsgesellschaft fest in den Köpfen der Bürger zu verankern.

Wohlgemerkt sind nicht die üblichen Verdächtigen wie Linke, Grüne, Kirchen usw. die Veranstalter, sondern die Stadt selbst.
Offensichtlich hat man in der Stadtverwaltung, trotz Corona, Hackerangriff und weiterer aufziehender Krisen, noch genug Kapazitäten für derartige Projekte übrig. Die Stadtverwaltung missachtet dabei das Neutralitätsgebot und tritt als politischer Aktivist auf.

In Zukunft muss der Gemeinderat bei Neueinstellungen in der Verwaltung wohl nicht nur auf die berufliche Qualifikation achten, sondern auch sicherstellen, dass Verwaltungsangestellte politisch neutral sind.

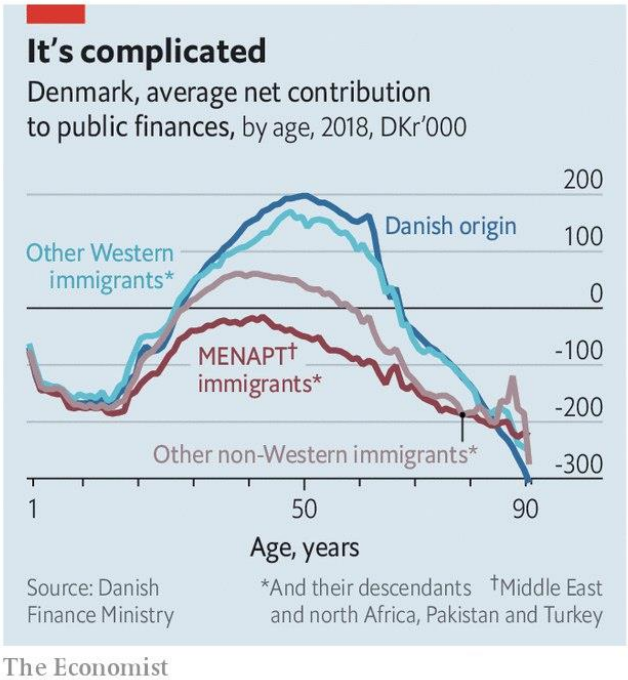
„Vielfalt“

Beworben wurde die „bunte Woche“ mit nichtssagenden Phrasen, wie zum Beispiel „Vielfalt“.
Es wird aber nicht dargelegt, inwieweit für die ansässige Bevölkerung die “Vielfalt”, die durch Zuwanderung entsteht, bereichernd und vorteilhaft sein soll.
Was soll also diese “Vielfalt” sein, die uns auch unter dem Begriff “Bereicherung” verkauft wird?
Ist damit gemeint, dass man vermehrt Frauen mit Kopftuch und langen Mänteln, sowie Männer mit Bärten auf den Straßen sieht?

Das ist zwar anders, aber was soll daran gut sein?
Oder ist damit gemeint, dass man in Deutschland nun auch ausländische Spezialitäten genießen kann, sofern man dies möchte?

Dies stellt tatsächlich in vielen Fällen eine Bereicherung dar, aber dafür braucht man nicht Millionen Menschen einwandern zu lassen.

Sicher meint die Verwaltung nicht, die auch in Schriesheim zahlreichen schmuddeligen und heruntergekommenen Ecken mit „fremdländischen“ Namen an den Türschildern?



Dies soll natürlich keine Verallgemeinerung sein, aber ein Trend ist durchaus erkennbar!
Monetär ist die “Vielfalt” durch Zuwanderung für das aufnehmende Land in der Regel keine Bereicherung, sondern eine Entreicherung, wie vorstehende Graphik zeigt.

Unter den Veranstaltungen der „bunten Woche“ fand sich auch eine Einbürgerungsfeier.
Unter Einbürgerungsfeiern versteht man im Allgemeinen die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft, die inzwischen inflationär und ohne große Hürden vergeben wird.

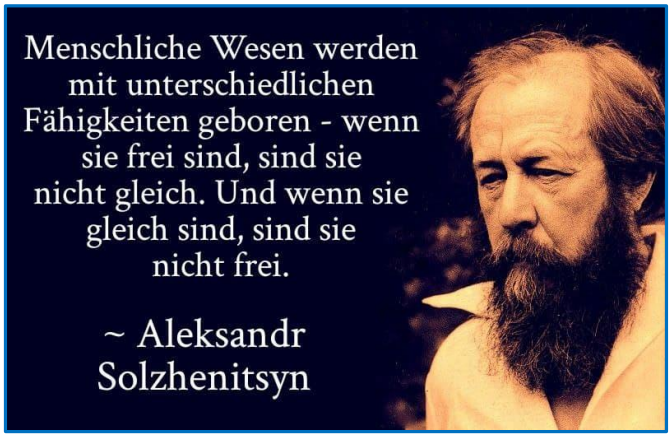
Auch das ist Teil der Grünen Agenda, nämlich die maximale Zuwanderung und Einbürgerung völlig unabhängig davon, ob dies für Deutschland von Vorteil ist.

Warum muss nun die Stadtverwaltung eine Einbürgerung feiern? Was hat die Stadt Schriesheim und seine Bürger davon, wenn Menschen, die sowieso schon hier leben, auch noch die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen?

Wenn hingegen Deutsche nach Schriesheim ziehen, ist das nur ein Verwaltungsakt und wird von der Stadtverwaltung nicht weiter zur Kenntnis genommen.

So mancher Wähler, der einen konservativen oder zumindest neutralen Verwaltungsfachmann wollte, dürfte sich verwundert die Augen reiben und sich getäuscht sehen.
Die Gegenkandidatin Tuncer wurde zwar nicht gewählt, aber sie hätte es wohl kaum anders gemacht.
Politische Glaubwürdigkeit ist in der Demokratie ein hohes Gut, aber eben nicht immer vorhanden und leicht zu verspielen!

Thomas Kröber



Meinungsfreiheit

Erneute Zensur im Mitteilungsblatt

Man hätte meinen können, dass die Zensur im Mitteilungsblatt nach Höfer der Vergangenheit angehört.
Aber leider ist das Demokratieverständnis von Herrn Oeldorf auch nicht besser.
Wie sonst konnte es passieren, dass unser Artikel zu den Messermorden durch „Flüchtlinge“ erneut der Zensur zum Opfer gefallen ist.
Angeblich würde folgender Satz „Aber auch jede Menge Mörder, Vergewaltiger, Deserteure und Psychopathen strömen in unser Land.“ gegen die guten Sitten verstoßen.
Zugegeben, dieser Satz klingt unglaublich, aber es ist nun mal die traurige Realität seit einigen Jahren.
Und die Wahrheit lässt sich auch nicht mit Zensur beseitigen, selbst nicht von einem Herrn Oeldorf.

Inzwischen gibt es Pläne, das Mitteilungsblatt zu „privatisieren“ und dem Nussbaumverlag als Verleger in die Hände zu geben. Laut Stadtverwaltung Schriesheim ist der Nussbaumverlag nicht verpflichtet, „politische Neutralität“ zu wahren, während die Stadt dazu aber verpflichtet wäre.
Und - nebenbei bemerkt - auch als Selbstverständlichkeit angesehen werden muss.

Man kann sich gut ausmalen, welche politischen Meinungen in Zukunft beim Nussbaumverlag dieser, dann nicht mehr vorhandenen, Neutralität zum Opfer fallen.

Impressum
Herausgeber:
Schriesheimer Demokratie- und Kulturverein e. V.
Vertreten durch den Vorstand
Zum Buchenhain 26
69198 Schriesheim
E-Post: demokratiekulturverein@googlemail.com
dkv-Schriesheim.de
Vereinsregister Amtsgericht Mannheim Nr. 703154
Druck:
ProPrint Werbetechnik
Gewerbepark Hirschberg
Goldbeckstraße 6b
69493 Hirschberg
Auflage: 3000
Redaktionsschluss: 14.02.2023

Wissenschaft

Chemische Kastration bei Kindern

In der Geschichte der Menschheit gibt es Belege über absichtliche Körpergestaltung durch Deformitätsmaßnahmen seit ca. 43 000 Jahren v. Chr.
(Erik Trinkaus: Artificial Cranial Deformation in the Shanidar 1 and 5 Neandertals. In: Current Anthropology. 23, 2, 1982, S. 198 f.)
Körpereingriffe der unterschiedlichsten Methode mit verschiedenen Intensitäten der Modifikationen sind über alle Erdregionen verbreitet.
https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Ethnien_mit_traditionellen_K%C3%B6rpermodifikationen
Veränderungen des knöchernen Stützsystems finden bis aktuell statt z. B. mit künstlicher Halsverlängerung bei den Karen in Thailand.
https://minikar.ru/de/health-and-beauty/kolca-na-shei-afrikanskih-devushek-kolca-na-shee/
In China wurden bis vor kurzem Bandagierungen von Füßen durchgeführt, um diese klein zu halten.
https://de.wikipedia.org/wiki/F%C3%BC%C3%9Febinden
Eine Fußlänge von 10 cm wurde als ideal angesehen. Die Absicht hinter diesen Veränderungen wird durch Konstituierung einer Stammeszugehörigkeit, Schönheitsideal und Schockwirkung (Krieger) erklärt. Es gibt noch weitere Motive für z. B. Tatöwierungen von Kreuzen auf die Stirn zum Schutz vor Entführung vor Osmanen in Mazedonien.
Die Körpermodifikationen haben neben den gewünschten Veränderungen, auch unerwünschte Wirkungen zur Folge. Augenscheinlich wird dies bei Bandagierungen der Füße (China) mit der Folge der Unfähigkeit längere Strecken zu gehen und die Abhängigkeit von Fremdhilfe.
Ähnliche Einschränkungen zeigen sich bei Halsverlängerungen durch Anlegen von Halsringen (sog. Giraffenfrauen) in Thailand (s.o.). Das Tragen seit der Kindheit führt zu Schwächung der Halswirbelsäule und der Muskulatur und des Schultergürtels. Die Folge ist eine Gefährdung durch Ersticken oder gar Genickbruch bei längerem Ablegen der Kupferspiralen. Bei provozierter Deformierung des Schädels auch mit Beginn in frühen Lebensmonaten (durch Bandagierung) werden dauerhafte Kopfschmerzen beschrieben.
Gemeinsam sind diesen absichtlichen Veränderungen der Erhalt der übrigen Körperfunktionen, insbesondere der Fortpflanzungsfähigkeit und der geistigen bzw. seelischen Gesundheit. Erreicht wurde durch die Einschränkung mancher Körperfunktionen die Festigung der sozialen Stellung in der Gemeinschaft durch Bestätigung der Zugehörigkeit und Loyalität durch die Prozedur. Ähnlich ist dies den Aufnahmeritualen in Vereinen oder Gesellschaften (z.B. Militär, Freimaurer), die seit langem Teil dieser Gesellschaften sind.
In den Industriegesellschaften sind Körperdeformitäten als Zeichen einer sozialen Zugehörigkeit nicht mehr notwendig. Diese Funktion wurde durch andere Formen ersetzt.
Ausnahmen bestehen in spezifischen Gesellschaften (z. B. Rockermilieu, Studentenverbindungen).
Statt der Änderung von Körpermerkmalen hat sich in den letzten Jahren die Beeinflussung der Geschlechtsentwicklung etabliert, die insbesondere Kinder betrifft. Diese geht viel weiter als Änderungen der optischen Merkmale und beinhaltet insbesondere seelische und psychische Veränderungen.
Biologisch und tatsächlich existieren zwei Geschlechter: weiblich und männlich. Diese sind genetisch verankert. Im Genom des Menschen finden sich 46 Chromosomen inklusive der 2 Geschlechtschromosomen X und Y (XX= weiblich; XY= männlich; s. a. Abb. 1). Hierdurch wird die Entwicklung ab der Embryonalzeit festgelegt. Diese umfasst unter anderem die Haarfarbe, die Augenfarbe, die Organogenese, die Hautfarbe, die Entwicklung des Gehirns und das soziale Verhalten.

Diese Entwicklung hat sich in der Evolution bewährt und ermöglicht durch Zugabe eines jeweils halben Chromosomensatzes von Mutter und Vater die Neuanordnung von Genen, die Rekombination genannt wird.
Dadurch werden genetische Schäden minimiert und die Rekombination stellt einen Faktor der evolutionären Fortentwicklung dar. Damit ist das System Mutter und Vater ein Erfolgsmodell der Natur.
Mit der normalen Entwicklung und Ausprägung von zwei Geschlechtern sind aber auch Fehlentwicklungen verbunden. Dies lässt sich bei Blick auf die die hormonabhängige Geschlechtsentwicklung verstehen. Dabei steht eine überwiegende Produktion des Geschlechtshormons Östrogen für eine Ausbildung primärer und sekundärer weiblicher Geschlechtsorgane und bei überwiegender Testosteronproduktion für die männliche Ausbildung.

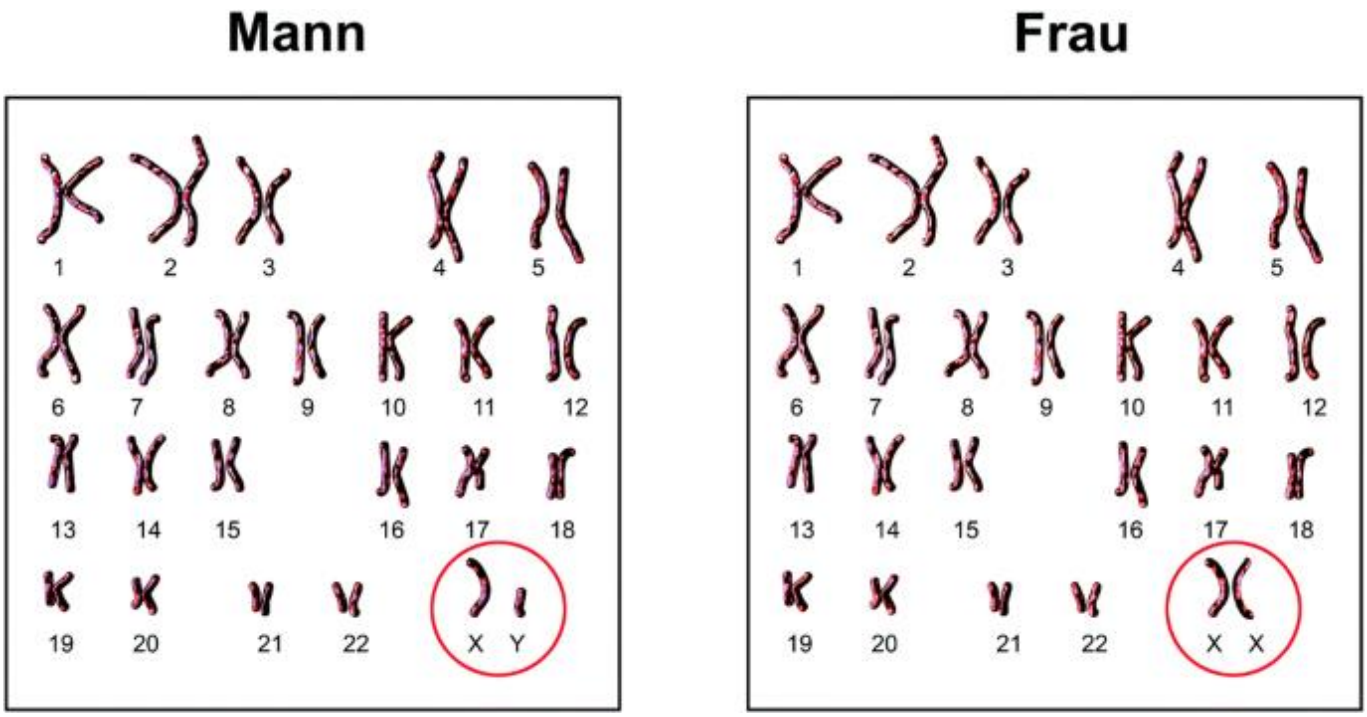


Abb.1: Chromosomensatz des Menschen (sog. Karyogramm) mit Geschlechtschromosomen

Darüber hinaus zeigt sich auch ein hormoneller Einfluss auf die Gehirnfunktion, Gewebeentwicklung und Aktivität.
https://www.cbs.mpg.de/Gehirn-im-Gleichklang-der-Hormone
https://www.frauenaerzte-im-netz.de/koerper-sexualitaet/entwicklung-pubertaet/)
Fehlt die Antwort der Zellen auf Testosteron, können die Anlagen nicht oder nicht vollständig ausgeprägt sein und es kann zusätzlich zu Verhaltensänderungen kommen; dies gilt auch für Östrogen. Bei übermäßiger Hormonproduktion kann es zu frühzeitigen Beginn der Pubertät kommen (Pubertas praecox). Dies sind Erkrankungen, die spezifisch nach vorheriger Diagnostik durch spezialisierte Ärzte behandelt werden können. Die eingesetzten Präparate beeinflussen den Hormonhaushalt, um eine normale Entwicklung zu ermöglichen.

Die Pubertät ist die am stärksten hormonell geprägte Wachstumsphase. In dieser Zeit entwickelt sich auch die Fähigkeit zur Fortpflanzung. Die primären und sekundären Geschlechtsmerkmale und die Libido entwickeln sich.
Das Interesse am anderen Geschlecht und die körperlichen Veränderungen führen auch zu seelischen Veränderungen der heranwachsenden Jugendlichen (s. a. Abb. 2). Bei einem nicht geringen Anteil kommt es aufgrund dieser raschen und grundlegenden Veränderungen nach der Kindheit auch zu einer Unzufriedenheit mit dieser Entwicklung. Am liebsten würden manche diese beeinflussen und stoppen wollen.
Dieser Zustand wird auch als Genderdyphorie bezeichnet und kann längere Zeit anhalten. Genau in diesen Zustand einer natürlichen und notwendigen Entwicklung hinein werden Kinder indoktriniert. Anstatt sorgevoll mit den Ängsten um die Veränderung in der Pubertät und Adoleszenz umzugehen, wird eine hormonelle Therapie zur Unterdrückung der natürlichen Vorgänge propagiert.
Die eingesetzten Substanzen sind GnRH-Analoga und hemmen stark die hormonelle Produktion, was auch als chemische Kastration bezeichnet wird. Darüber hinaus werden Kindern verstümmelnde Operationen angeboten, wie z. B. Brustamputationen. Diese Eingriffe sind nicht umkehrbar und treffen Kinder in ihrer verletzlichsten Phase, der Adoleszenz (des Erwachsenwerdens).
Dabei wird absichtlich der natürliche Verlauf unwiderruflich zerstört, was zu schwerwiegenden Konsequenzen im Jugendalter und weiteren nachfolgenden im Erwachsenenalter führt.
Diese Eingriffe haben beispielsweise Unfruchtbarkeit, Wachstumshemmung, Knochenstörungen, Depression, Brustwachstum bei Jungen, Libidoverlust, Gewichtszunahme oder Suizidialität zur Folge.

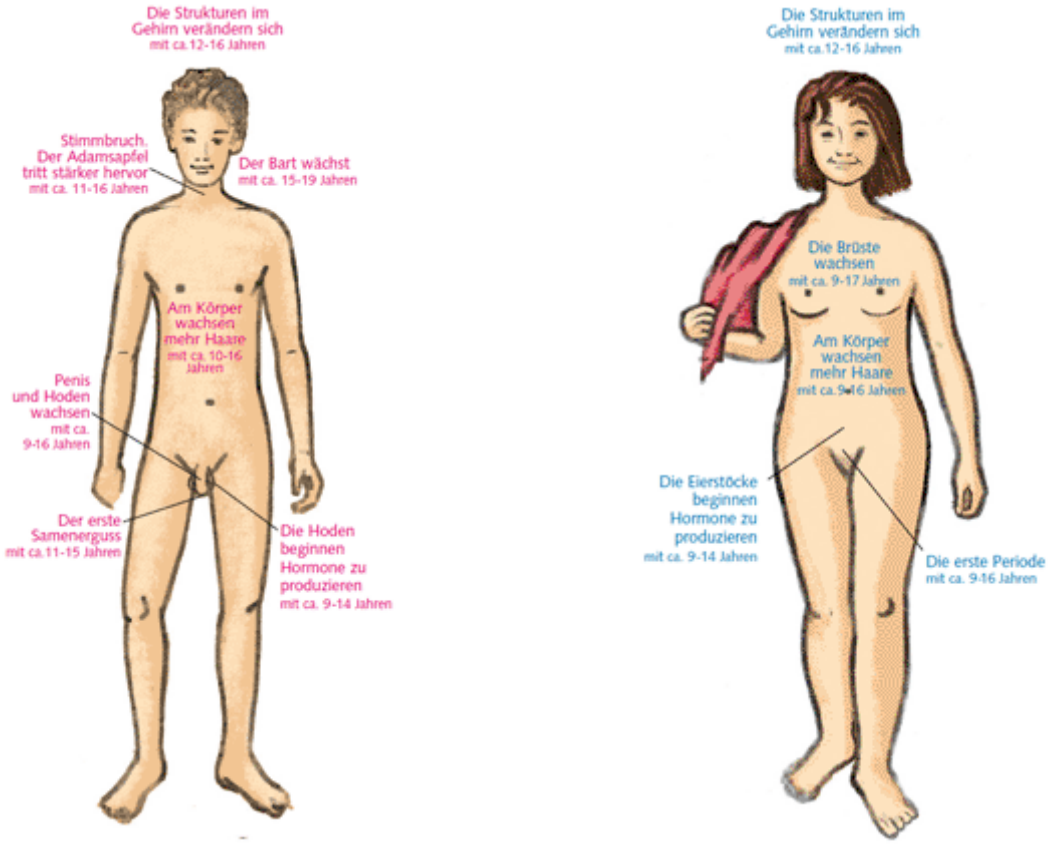


Abb. 2: aus https://www.profamilia.de/fileadmin/dateien/jugendliche/maechenkoerper.jpg
https://www.profamilia.de/fileadmin/dateien/jugendliche/jungenkoerper.jpg
Hormonelle Entwicklung von Mädchen und Jungen

Die Folgen sind im Wesentlichen nicht umkehrbar und werden lebenslang die Betroffenen verändern. Die normale Entwicklung ist unwiderruflich gestoppt, und die Heranwachsenden werden ihrer natürlichen Entwicklung beraubt.
Im Kindesalter sind sich die Kinder der langfristigen Konsequenzen nicht bewusst, und selbst der Europarat sieht bei Anwendung der chemischen Kastration einen Verstoß gegen die Menschenrechtskonvention.
https://www.rainews.it/tgr/tagesschau/articoli/2019/05/tag-italien-gesundheit-lega-salvini-chemische-kastration-urologen-aec46283-5396-48e5-af8b-f0bdbe502f9d.html
Mit diesen nicht medizinisch indizierten Eingriffen ist keinem Kind geholfen und es wird einer dramatischen Entwicklung überlassen. Die Verantwortlichen entziehen sich oft genug ihrer Verantwortung und versuchen Schuld an andere zu delegieren. Die wissenschaftliche Datenlage zu diesen Absurditäten ist nicht belastbar, und es ist m. E. kein erforschungswürdiges Thema, da es keine Behandlungsindikation hierfür gibt.

Die Aufgabe verantwortungsvoller Erwachsener ist es, den Missbrauch dieser Substanzen und operativer Methoden zu stoppen und von Genderdysphorie Betroffene in ihrer normalen Entwicklung zu unterstützen.
Dabei sind vornehmlich die Eltern, Verwandte und der Freundeskreis gefordert. Wo notwendig, ist eine niederschwellige, kompetente medizinische Betreuung anzubieten.

Von Seiten des Gesetzgebers ist zu erwarten und zu fordern, diesen Missbrauch unter schwere Strafe zu stellen und ein Informationsangebot über die Unsinnigkeit und die Folgen der chemischen Kastration und Verstümmelungen anzubieten.

Die betriebene Verharmlosung und Verniedlichung der Eingriffe und der Verstümmelungen gesunder Menschen und jegliche Werbung hierfür, ob durch Regierungsverantwortliche oder durch jegliche Organisation, muss beendet werden. Das sind wir der natürlichen Entwicklung unseres Nachwuchses schuldig.

Bevölkerungsentwicklung

Findet ein Bevölkerungsaustausch statt?

Im Zuge der politischen Debatte wird immer öfter die Frage aufgeworfen, ob in Deutschland ein Bevölkerungsaustausch stattfindet. Von Regierungsseite, den angeschlossenen Medien und vom abhängigen Bundesamt für Verfassungsschutz, wird dies vehement bestritten. Schon der Versuch der Diskussion wird in die extremistische Ecke gestellt.

Wie sehen die Fakten aus?
In Deutschland leben (Stand 2020: Quelle bpb.de) 81,9 Millionen Menschen, davon 60,0 Mio. ohne Migrationshintergrund, also Autochthone, 11,5 Mio. mit Migrationshintergrund und 10,3 Mio. Ausländer.
Der Anteil der Ursprungsbevölkerung betrug also nur noch 73,3 % und dürfte heute noch niedriger mit weiter stark sinkender Tendenz sein.

Zunächst wollen wir vorausschicken, dass es eine natürliche Zuwanderung und Abwanderung immer gegeben hat und diese auch in geringem Maß auch unproblematisch ist. Bis heute findet Arbeitsmigration in so gut wie allen Industrienationen statt.

Voraussetzung war und ist bis heute der Nachweis einer Ausbildung und eines Arbeitsplatzes im jeweiligen Einwanderungsland. Dieser Grundsatz hat allerdings in Deutschland schon lange keine Bedeutung mehr.

Wobei eine Gesellschaft mit einer guten Familienpolitik gar keine Einwanderung benötigt. Einwanderung über das natürliche Maß hinaus ist also die direkte Folge einer schlechten Familienpolitik.

Die von staatlicher Seite geförderte Zuwanderung begann nach dem Krieg mit dem ersten Anwerbeabkommen 1955 zwischen Italien und Deutschland, weitere Abkommen folgten mit uns kulturell nahestehenden Ländern aus Europa, Ausnahmen waren die Anwerbeabkommen mit der Türkei 1961, Südkorea 1963 und Tunesien 1965.

In den ursprünglichen Anwerbeabkommen wurden weder ein dauerhaftes Bleiberecht noch eine Familienzusammenführung vereinbart. Im Anwerbeabkommen mit der Türkei war ein Rotationsprinzip vorgesehen, d.h. 2 Jahre Aufenthalt und danach Rückkehr in das Herkunftsland.
1973 wurde von der Bundesregierung ein Anwerbestopp für alle Anwerbeabkommen beschlossen. Zu dieser Zeit lebten z. B. ca. 600.000 türkische Gastarbeiter im Land, die sich mehrheitlich für einen Verbleib in der BRD entschieden haben.
Nach diesem Zeitpunkt gab es kein Halten mehr für Familienzusammenführung und ungeregelte Einwanderung z. B. aus der Türkei, in die Bundesrepublik Deutschland. Ausbildung, Nachweis eines Arbeitsplatzes usw. spielten keine Rolle mehr.
In den folgenden Jahren setzte sich die Zuwanderung nach Aufenthaltsrecht fort, mit verstärkter Zuwanderung aus Bürgerkriegsgebieten, und gipfelte 2015 mit der völlig ungeregelten und größtenteils illegalen Zuwanderung im Rahmen der Flüchtlingskrise. Die ungeregelte, illegale Zuwanderung hält seitdem an.

Das Asylrecht wurde im Grunde ausgehebelt, da Migranten unterschiedslos als Flüchtlinge bezeichnet wurden.

Selbst die CDU/CSU-Fraktion, die ja maßgeblich für die illegale Massenmigration seit 2015 verantwortlich ist, schreibt in einer Pressemitteilung vom 7.12.2022:

„Die Zahl der Asylerstanträge hat sich seit dem August fast verdoppelt und im Vergleich zum April fast verdreifacht. Jetzt ist klar: Zusätzlich zu den 1,1 Millionen ukrainischen Kriegsflüchtlingen werden in diesem Jahr deutlich mehr als 200.000 Asylbewerber nach Deutschland kommen."

Diese erst schleichende, sich dann stetig fortsetzende bis zur galoppierenden Zuwanderung, wurde seit Jahrzehnten von jeder Bundesregierung vorangetrieben oder zumindest nicht unterbunden.

Dabei wurde von Seiten der Regierungen und der Medien oft genug gelogen. Es gab die Behauptung, die Gastarbeiter würden nach getaner Arbeit in die Heimat zurückkehren, oder die Flüchtlinge aus Nahost, Pakistan, Afghanistan oder Afrika wären alle Verfolgte und größtenteils gut ausgebildet. Zuwanderung wurde dabei stets als Gegenmittel für die schrumpfende einheimische Bevölkerung propagiert. Zunächst wurde noch von qualifizierten

Facharbeitern gesprochen, seit 2015 spielt auch dies keine Rolle mehr. Eine verbesserte Familienpolitik zur Lösung der demographischen Krise wurde nicht ins Auge gefasst.
Im Gegenteil, Mutterschaft, zumindest bei den Einheimischen, wurde als rückständig, Familie mit mehreren Kindern fast schon als asozial dargestellt. Zusätzlich wurden Abtreibungen in den ersten Monaten straffrei gestellt, was zur Folge hat, dass in Deutschland jährlich ca. 100.000 Kinder abgetrieben werden.

Außerdem verlassen jährlich 200.000 – 300.000 Deutsche das eigene Land, weil sie in Deutschland keine Perspektive mehr sehen. Vor der Massenzuwanderung 2015 waren es etwa 150.000 pro Jahr.

Helmut Schmidt sah die Anwerbeabkommen rückblickend kritisch:
Seine Bewertung 2004: "Es war ja Ludwig Erhard, der das Ganze in Gang brachte, zunächst als Wirtschaftsminister, später als Bundeskanzler. Es war ein Fehler, dass wir zu Beginn der sechziger Jahre Gastarbeiter aus fremden Kulturen ins Land holten."

Kann nun von einem Bevölkerungsaustausch gesprochen werden?
Faktisch gesehen nimmt die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund immer weiter ab, während die Bevölkerung mit Migrationshintergrund zunimmt.
Aus Sicht der meisten Parteien, Medien und dem Bundesamt für Verfassungsschutz, kann es gar keinen Austausch geben.

Zum einen hätte es ja schon immer Zuwanderung und Abwanderung gegeben. Das ist natürlich richtig, allerdings waren diese Wanderungsbewegungen in der Vergangenheit wesentlich geringer und erstreckten sich teilweise über Jahrhunderte (zum Beispiel die Hugenotten). Außerdem kamen die Zuwanderer fast ausnahmslos aus kulturell nahestehenden Regionen wie zum Beispiel aus der Schweiz oder Polen.

Der zweite Argumentationspunkt der herrschenden Klasse zielt auf die Staatsbürgerschaft ab. Da ausschließlich Staatsbürgerschaft als Maßstab genommen wird, soll die Herkunft und der kulturelle Hintergrund keine Rolle spielen. Die deutsche Bevölkerung wird damit zu einer beliebig austauschbaren Masse, je nachdem, wer eben gerade die Staatsbürgerschaft hat.

Im Gegensatz dazu findet sich im Grundgesetz der Begriff der „deutschen Volkszugehörigkeit" losgelöst von der deutschen Staatsangehörigkeit. Es darf angenommen werden, dass der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit in der Hauptsache die Volksdeutschen meint, die sich nach Ende des zweiten Weltkrieges im Ausland wiedergefunden haben. An eine Massenzuwanderung, die Millionen Ausländer zu Deutschen machen soll, haben die Gründungsväter des Grundgesetzes sicher nicht gedacht.

In der Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 finden sich folgende Bestimmungen:

„Art. 6
Jegliche Praxis oder Politik, die das Ziel oder den Effekt hat, die demographische Zusammensetzung einer Region, in der eine nationale, ethnische, sprachliche oder andere Minderheit oder eine autochthone Bevölkerung ansässig ist, zu ändern, sei es durch Vertreibung, Umsiedlung und/oder durch die **Sesshaftmachung** von Siedlern oder eine Kombination davon, ist rechtswidrig.

Art. 7
Bevölkerungstransfers oder -**Austausch** können nicht durch internationale Vereinbarungen legalisiert werden... wenn sie grundlegende Bestimmungen der Menschenrechte oder zwingenden Normen des Völkerrechts verletzen."
(Hervorhebungen durch den Autor)

Fazit:
Es bleibt jedem Einzelnen überlassen, ob er der momentanen Auffassung der Regierung und den angeschlossenen Medien, dass es einen Bevölkerungsaustausch gar nicht gegen kann, zustimmt. Selbstverständlich ist immer geltendes Recht in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz zu beachten.
Rechtsauffassungen können sich natürlich im Laufe der Zeit auch wieder ändern, das zeichnet eine lebendige Demokratie aus.
Letztendlich wird immer das Volk selbst bestimmen, wer zu ihm gehört.

Thomas Kröber

Vorsorge

Notfallpläne für Schriesheim

Wie in einer Meldung im „Focus“ vom 19.11.2022 zu lesen war, „wird es nach Einschätzung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) in den kommenden Monaten zu Stromausfällen in Deutschland kommen, die über das bisherige Maß hinausgehen“.
BBK-Chef Tiesler sagte: „Wir müssen davon ausgehen, dass es im Winter Blackouts geben wird“, und: "Damit meine ich eine regional und zeitlich begrenzte Unterbrechung der Stromversorgung."

Vor Kurzem wäre so etwas in einem hochentwickelten Industrieland wie Deutschland undenkbar gewesen. Durch die katastrophale „Politik“ der Regierung Merkel und der anschließenden Ampelregierung sind solche Prognosen leider wahrscheinlich geworden.

Zwei Ursachen sind dafür zu finden: Die „Energiewende“, vielmehr eher ein Energieende mit unzureichender und unzuverlässiger Flatterstromenergie und die Sanktionierung Russlands, in deren Folge Deutschland auf eine günstige und zuverlässige Energieversorgung aus Russland, man möchte schon fast sagen „großkotzig“, verzichtet.

Nun müsste man als Bürger wenigsten von den Behörden erwarten dürfen, dass sie sich auf Stromausfälle entsprechend vorbereiten und dies dem Bürger auch so mitteilen, der schließlich auch von den Entscheidungen der Politik betroffen ist.

Dabei stellt sich die Frage, wie Folgendes bei einem längeren Stromausfall sichergestellt werden kann:

- Aufrechterhaltung der Wasserversorgung
- Aufrechterhaltung der Telekommunikation, (Telefonnetz, Breitband, Mobilfunknetz)
- Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit (Polizei, Feuerwehr)
- Aufenthaltsräume für Einwohner, die aufgrund des Stromausfalles nicht mehr heizen können (Ölheizungen, Wärmepumpen)
- Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung, insbesondere bei Notfällen
- Aufrechterhaltung der Lieferketten, um die Einwohner mit Lebensmitteln zu versorgen

Eine entsprechende Anfrage an die Verwaltung Schriesheim beziehungsweise an den Bürgermeister ergab folgende sinngemäße Antwort:

Es gibt Notfallpläne des Landkreises, der WVE, der Polizei und Feuerwehr und der Stadt Schriesheim.

Wie Herr Oeldorf aber in der letzten Gemeinderatssitzung mitgeteilt hat, will er diese Notfallpläne den Gemeinderäten nicht zur Verfügung stellen und der Bevölkerung damit auch nicht.
Gründe für weshalb die Bevölkerung nicht wissen soll wie die Stadt gedenkt auf einen Notfall zu reagieren hat er nicht genannt.

Nun ist so ein längerer Blackout keine harmlose Sache, sondern kann sehr schnell Gesundheit und Leben bedrohen.
Die meisten Wohnungen werden sehr schnell auskühlen, da Wärmepumpen und Zentralheizungen nun mal Strom brauchen. Auch elektrisch kochen geht nicht mehr, und das dürfte einen Großteil der Bevölkerung treffen. Auch die Wasserversorgung fällt aus.

Einige Tage wird das wohl gut gehen, aber man möchte als Bürger schon gerne wissen inwieweit die Stadt nach ein paar Tagen mit Wärmehallen Wasserversorgung und Essensausgaben weiterhelfen kann.

Der Bevölkerung im Notfall zu helfen ist keine freiwillige Zusatzleistung, sondern eine originäre Aufgabe des Staates und der Verwaltungen, dafür werden die Angestellten und Beamten der Stadt auch bezahlt.
Um das Vertrauen in die Stadtverwaltung Schriesheim aufrechtzuerhalten können wir deshalb nur an die Stadt appellieren, die Notfallpläne öffentlich zu machen.

Thomas Kröber

Gegen den Untergang der Völker gibt es eben nur ein Mittel: daß die Guten herrschen und nicht die Feigen, Schlechten und Dummen!

Paul Ernst

Öffentliche Sicherheit

Wie oft muss es noch passieren?

Wieder wurde ein Mensch durch die Hand eines „Flüchtlings getötet.
Nach Kandel, Würzburg und Ludwigshafen, um nur einige Verbrechen zu nennen, nun Illerkirchberg. Am 05. Dezember 2023 wurde eine 14-jährige Jugendliche abgestochen und ermordet!

Nach jeder Bluttat spielt sich das gleiche Szenario ab: Politiker und Verantwortliche drücken Bedauern aus, warnen vor Generalisierung und Vorverurteilung und tun rein gar nichts dagegen, um solche fürchterlichen Verbrechen in Zukunft zu verhindern.

Auch im Fall Illerkirchberg zeichnet sich wieder exakt das gleiche Vorgehen ab.

Seit spätestens 2015 kann jeder über die deutsche Grenze spazieren und ohne Aufenthalts-genehmigung ins Land kommen.
Zurückweisungen, wie es das Gesetz fordert, werden aus politischen Gründen rechtswidrig nicht vorgenommen.
Abkommen wie Dublin III spielen überhaupt keine Rolle mehr.

Die meisten sind einfach nur Wirtschafts-flüchtlinge, weil diese aus einem sicheren Drittland einreisen (eine gewisse Ausnahme mögen Ukrainer sein).
Selbst echte Flüchtlinge, die verfolgt wurden oder aus einem Kriegsgebiet stammen, hätten, bevor Sie nach Deutschland gekommen sind, in anderen durchwanderten Ländern Schutz finden können.
Aber auch jede Menge Mörder, Vergewaltiger, Deserteure und Psychopathen strömen in unser Land.
Eine Sicherheitsüberprüfung findet ganz offensichtlich nicht statt, sonst würde es ja nicht eine derartig hohe Anzahl von Gewaltverbrechen durch sogenannte „Schutzsuchende“ geben.

Abschiebungen, auch von verurteilten Verbrechern, gibt es sehr selten. So wurde ein „Flüchtling“, der in eben jenem Illerkirchberg bei einer Gruppenvergewaltigung an einer Minderjährigen mitvergewaltigt hat, nach Verbüßen seiner kurzen Haftstrafe nicht abgeschoben, sondern ist in Deutschland wieder auf freiem Fuß.

So kann es definitiv nicht weitergehen:
Der Staat hat für die Sicherheit seiner Bürger zu sorgen. Grundsätzlich muss die illegale Zuwanderung sofort gestoppt werden, und alle Nicht-Aufenthaltsberechtigten müssen unser Land verlassen.
Zumindest hat aber eine Sicherheitsüberprüfung stattzufinden.

Wer nun etwas von Pauschalverdächtigung sagt, sollte sich vor Augen führen, dass an Flughäfen jeder pauschal kontrolliert wird. Dies dient der Sicherheit aller Passagiere. Und eine Überprüfung der sogenannten Flüchtlinge dient der Sicherheit der Einwohner Deutschlands.

Wir rufen auch die zuständigen Personen in der Schriesheimer Verwaltung, insbesondere den Bürgermeister und die Leiterin des Ordnungsamtes, dazu auf, für die Sicherheit der Bürger einzustehen. Das jüngste Gewaltverbrechen in Illerkirchberg zeigt, dass solche Abscheulichkeiten überall passieren können, nicht nur in großen Städten.

Bisher hat sich die Stadtverwaltung trotz mehrmaliger Aufforderung nicht dafür interessiert, wer hier einquartiert wird, und fühlt sich auch für eine Sicherheitsüberprüfung nicht zuständig.

Das sollte sich dringend ändern, damit Bürgermeister und Ordnungsamt dafür sorgen können, dass nur überprüfte Flüchtlinge, die sich legal im Land aufhalten, vorübergehend in Schriesheim untergebracht werden.

Oder soll erst in Schriesheim ein Mensch sterben, bevor die lokale Politik tätig wird?

Thomas Kröber

... Man muß das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum um uns her immer wieder gepredigt wird, und zwar nicht von einzelnen, sondern von der Masse. In Zeitungen und Enzyklopädien, auf Schulen und Universitäten, überall ist der Irrtum oben auf, und es ist ihm wohl und behaglich, im Gefühl der Majorität, die auf seiner Seite ist.

Johann Wolfgang von Goethe